

Der Nationalismusfalle entkommen!

Nach den Parlamentswahlen braucht die Slowakei eine große Koalition

von Julian Pänke

Die slowakischen Wähler sind bei den Parlamentswahlen am 12. Juni 2010 der Nationalismusfalle entgangen und haben den chauvinistisch-populistischen Koalitionspartnern des Ministerpräsidenten Robert Fico eine Absage erteilt (vgl. Julian Pänke, Nationalismusfalle. Die Slowakei vor den Parlamentswahlen (DGAPanalyse kompakt 2), Berlin, 11.6.2010). Nun müssen die siegreichen liberalen Kräfte den Mut aufbringen, mit der starken Smer eine große Koalition zu bilden, die die seit der Unabhängigkeit bestehende Spaltung der Gesellschaft in ein nationalistisch-sozialpopulistisches und ein bürgerlich-marktliberales Lager überwindet. Eine solche Regierung der Versöhnung wäre imstande, wirtschaftliche Reformen mit sozialpolitischer Sensibilität und eine Wiederannäherung an Ungarn mit innenpolitischer Glaubwürdigkeit zu verbinden.

Seit der Unabhängigkeit 1993 wird die politische Landschaft der Slowakei durch die extreme Polarisierung zwischen einem nationalistisch-sozialpopulistischen und einem bürgerlich-marktliberalen Lager geprägt. Auf das autoritäre nationalchauvinistische Mečiar-Regime, das zur Isolation der Slowakei führte, folgte 1998 nach dem Wahlsieg Mikuláš Dzurindas und seiner Reformkoalition der Aufstieg Bratislavas zum Musterschüler des EU-Beitrittsprozesses; die damit einhergehenden gewaltigen sozioökonomischen Kosten führten 2006 zur Rückkehr der Nationalpopulisten in Gestalt der sich sozialdemokratisch gebenden Partei Smer (»Die Richtung«), die mit Mečiar's HZDS und der Slowakischen Nationalpartei (SNS) koalierte. Das Pendel ist nun erneut in die andere Richtung ausgeschlagen: Eine mögliche bürgerliche Vierparteienkoalition hat 79 von 150 Sitzen des slowakischen Parlaments gewonnen. Diesmal besteht allerdings die einmalige Chance einer Aussöhnung über die Lagergrenzen hinweg, die genutzt werden sollte.

Während des Wahlkampfes hat Robert Fico vor allem auf die »ungarische Karte« gesetzt und sich dabei verzockt. Seine nationalistische Rhetorik diente neben der Bekämpfung der Opposition, der Verschleierung

der programmatischen Inhaltsleere der Regierung und der persönlichen Verstrickung in Korruptionsskandale auch der Neutralisierung der Koalitionspartner. Nur das letzte Ziel hat die Smer erreichen können, der Stimmenanteil der SNS hat sich im Vergleich zu den letzten Wahlen mit 5,07 Prozent mehr als halbiert. Mečiar's HZDS scheiterte gar an der Fünfprozenthürde. Zwar konnte die Smer mit 34,8 Prozent der Stimmen ihr bis dahin bestes Wahlergebnis einfahren, blieb aber hinter ihren Erwartungen zurück und konnte die kalkulierten Stimmenverluste der Koalitionspartner trotz der Schützenhilfe ungarischer Nationalisten jenseits der Grenze nicht kompensieren. Zusammen kommen Smer und SNS nur noch auf 71 Mandate im slowakischen Parlament.

Dieses Wahlergebnis ist ein Grund zum Feiern; zeugt es doch von der demokratischen Reife einer Wählerschaft, die nicht in die Nationalismusfalle tappte, sich Ficos aufgeheizter Wahlkampfpropaganda entzog und den politischen Akteuren »Versöhnung« auf ihre politische Tagesordnung schrieb. Besonders deutlich hat sich innerhalb der ungarischen Minderheit (rund zehn Prozent der Bevölkerung) ein kleines Wunder vollzogen. Nach Spaltung der Magyarischen Koalition

(SMK) setzte sich eben nicht die in Prognosen favorisierte, durch das verschlechterte slowakisch-ungarische Verhältnis radikalisierte übriggebliebene SMK durch. Sie scheiterte mit 4,3 Prozent an der Fünfprozentklausel. Erfolgreich war mit 8,1 Prozent die von Béla Bugár neu gegründete Most-Híd; »Most« ist die slowakische und »Híd« die ungarische Bezeichnung für »Brücke«. Damit entpuppte sich ausgerechnet die versöhnliche Most-Híd als Stolperstein für Ficos Regierungsfähigkeit, denn wäre eine Koalition mit der radikalisierten SMK für die bürgerlich-liberalen Parteien ein zu großes Wagnis gewesen, ist Bugárs Partei ein willkommener Koalitionspartner für die beiden christdemokratischen Parteien SDKÚ-DS und KDH. Die SDKÚ-DS des ehemaligen Ministerpräsidenten Dzurinda wurde trotz Stimmenverlusten von ca. drei Prozent im Vergleich zu 2006 mit 15,4 Prozent zweitstärkste Kraft. Die KDH kommt auf 8,5 Prozent, die neugegründete SaS (»Freiheit und Solidarität«) auf 12,1 Prozent Stimmenanteil. Die Regierungsmehrheit dieser Vier-Parteien-Koalition ist verlockend und besitzt das Potential, die problematische Minderheiten- und Geschichtspolitik der Fico-Regierung zu durchbrechen.

In den letzten Jahren ist vielfach besorgt auf nationalistisch-populistische Trends in Ostmitteleuropa geschaut worden: die Kaczyńskis in Polen, europakritische Töne in Prag, der Aufstieg der rechtsradikalen Jobbik in Ungarn und die starke SNS in Bratislava. Dieser Trend scheint sich – von westeuropäischen Beobachtern fast unbemerkt – umgekehrt zu haben. In Warschau regiert seit 2007 sehr geräuschlos und erfolgreich der bürgerliche Ministerpräsident Donald Tusk, in den tschechischen Parlamentswahlen im Mai 2010 setzten sich konservativ-marktliberale Akteure durch, die der destruktiven Nichtpolitik ein Ende bereiten wollen, und nun haben auch in Bratislava moderat-versöhnliche Töne triumphiert. Selbst in Ungarn könnte die nationalistische Rhetorik der neugewählten Orbán-Regierung als Instrument zur Zurückdrängung der Jobbik gedeutet werden. Mit einem Seitenblick auf die Wahlen in den Niederlanden und in Belgien haben die ostmitteleuropäischen Wähler ihren EU-Nachbarn eine positive Lektion erteilt.

Die SDKÚ-DS-Vorsitzende und mögliche künftige Ministerpräsidentin Iveta Radičová verkündete bereits das »Ende des Mečiarismus« – als Chiffre für eine pragmatische Machtpolitik und den polarisierend-simplifizierenden Politikstil des nationalistisch-sozialpopulistischen Lagers, der erneut zu einer Blüte von Korruption und Klientelismus geführt hätte. Bei aller berechtigten Euphorie darf jedoch nicht übersehen werden, dass Smer dennoch mit Abstand stärkste Partei geworden ist und sich in ihren Stimmen eine Wählerschaft artikuliert, die durch die in Westeuropa gefeierten radikalen Reformschritte mehr verloren als gewonnen hat. Die besorgniserregend hohen Arbeitslosenzahlen sind ein unbewältigtes Erbe dieser Zeit. Ein sozialpopulistisches Wählerpotenzial, äußerst empfänglich für nationalistische Argumentationen, bliebe erhalten, auch wenn sich Smer nach dem Verlust der Regierungsverantwortung neu aufstellte oder gar auflösen würde. Eine offensive Einbindung dieser Wähler in eine künftige slowakische Regierung ist daher unbedingt wünschenswert und bildet den Schlüssel zur Beendigung der schroffen Polarisierung der slowakischen Politiklandschaft.

Dazu bedarf es allerdings des Mutes zur Aussöhnung vor allem im siegreichen bürgerlichen Lager, das im harten Wahlkampf aus nachvollziehbaren Gründen eine Koalition mit Ficos Smer ausgeschlossen hat. Als Wahlsieger könnte die angesehene SDKÚ-DS als stärkste Partei der Opposition die Trennung der Smer von Fico verlangen, der durch die anhaltenden Korruptionsvorwürfe diskreditiert scheint. Eine große Koalition unter Beteiligung der Smer erscheint angesichts harter politischer Realitäten recht träumerisch, aber wäre der Aufbruch in eine neue Slowakei. Langfristige Folgen wären möglicherweise eine echte Sozialdemokratisierung der Smer und die Marginalisierung der radikalen SNS.

Mittelfristig wäre eine solche große Koalition bestens geeignet, die beiden großen Baustellen slowakischer Politik anzugehen: innenpolitisch die Umsetzung der sogenannten zweiten Reformgeneration in den Bereichen Bildung, Justiz und Gesundheit und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei Berücksichtigung

der gesellschaftlichen Kosten. Außenpolitisch die Rückkehr zu einer gutnachbarschaftlichen Politik im europäischen Geist mit Budapest bei glaubwürdiger Wahrung slowakischer Interessen nach innen. Eine erneute Isolation des nationalistisch-sozialpopulistischen Wählerpotenzials im Verbund mit einer marktradikalen Regierungspolitik führt bei den nächsten Wahlen zur Rückkehr des Mečiarismus.



Dr. Julian Pänke
<paenke@dgap.org>